



Pressemitteilung

Bonn, 18. Juni 2018

Bundesnetzagentur veröffentlicht Zahlen zu Redispatch und Einspeisemanagement für 2017

Präsident Homann: „Netzausbau vermindert Redispatchbedarf für überlastetes Netzelement“

Die Bundesnetzagentur hat heute ihren aktuellen Bericht zu Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen veröffentlicht. Er enthält auch die Gesamtzahlen für das Jahr 2017.

„Die Thüringer Strombrücke hat zu einer Senkung des Redispatchbedarfs und der Kosten bei einem zuvor hoch überlasteten Netzelement geführt“, erläutert Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. *„Die Gesamtkosten der Netzstabilisierung stiegen dennoch 2017 auf 1,4 Milliarden Euro an. Nur der Netzausbau kann langfristig die hohen Kosten für die Netz- und Systemsicherheit senken“,* so Homann weiter.

Anstieg von Redispatch- und Einspeisemanagement-Maßnahmen

Redispatch- und Einspeisemanagement-Maßnahmen werden von den Netzbetreibern ergriffen, um das Netz zu stabilisieren. Durch die Veränderungen der Erzeugung und die gleichzeitigen Verzögerungen im Netzausbau haben diese Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Nachdem im windschwachen Jahr 2016 ein Rückgang der Maßnahmen verzeichnet wurde, sind diese im Jahr 2017 wieder stark angestiegen. So stieg die Menge der Abregelungen durch Redispatchmaßnahmen auf rund 10.200 GWh, die angeforderte Erhöhung der Einspeisung durch Markt- und Reservekraftwerke lag bei ca. 10.238 GWh. Das gesamte Redispatchvolumen lag damit bei rund 20.439 GWh. Auch die Abregelung erneuerbarer Energieträger durch Einspeisemanagement-Maßnahmen stieg auf den bislang höchsten Wert von 5.518 GWh.

Gesamtkosten von 1,4 Milliarden Euro

Ausschlaggebend für die hohen Redispatchwerte war vor allem das erste Quartal 2017. Trotz geringer Windeinspeisung hatten u. a. eine ungewöhnliche Lastflusssituation in Deutschland und eine europaweite Kälteperiode zu einer starken Belastung der Stromnetze geführt.

Bundesnetzagentur
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

bundesnetzagentur.de
twitter.com/bnetza

Pressekontakt:

Fiete Wulff
Leiter Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 228 14 - 9921
pressestelle@bnetza.de



Bonn, 18. Juni 2018

Außerdem war 2017 nach vorläufigen Angaben der Übertragungsnetzbetreiber das Jahr mit der bislang höchsten Einspeisung aus Windenergieanlagen. So wurde im windreichen vierten Quartal auch die bislang höchste Menge an Erneuerbaren Energien abgeregelt. Es wurden zunehmend auch Offshore-Windparks abgeregelt.

Mit dem Anstieg der Maßnahmen geht auch ein Kostenanstieg einher. Die Kosten im Jahr 2017 liegen mit insgesamt ca. 1,4 Mrd. Euro weit über denen des windarmen Jahres 2016 (rund 880 Mio. Euro) und auch über dem bisherigen Höchststand des Jahres 2015 (rund 1,1 Mrd. Euro). Gestiegen sind insbesondere die Kosten für Einspeisemanagement-Maßnahmen. Dies zeigt im Kontext der Energiewende weiterhin den hohen Netzausbaubedarf, um den Erneuerbaren Strom zum Verbraucher zu transportieren.

„Thüringer Strombrücke“ dämpft Redispatchbedarf

Im vierten Quartal 2017 wurde der Redispatchbedarf im Vergleich zum windreichen vierten Quartal 2015 gedämpft. Dies ist u. a. auf die vollständige Inbetriebnahme des Netzausbauprojekts „Thüringer Strombrücke“ im September 2017 zurückzuführen. Die Überlastung der zuvor hoch belasteten Leitung „Remptendorf-Redwitz“ sank in der Folge auf nur noch rund 18 Stunden. Im vierten Quartal 2015 lag sie noch bei rund 1836 Stunden.

Der Bericht zu Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen im vierten Quartal 2017 mit den Gesamtzahlen zu 2017 ist auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur unter <http://www.bundesnetzagentur.de/netzsystem-quartalsbericht> zu finden.

Die Bundesnetzagentur ist eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Zu den zentralen Aufgaben der Regulierungsbehörde gehört die Aufsicht über die Märkte Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn.

Die Bundesnetzagentur sorgt u.a. dafür, dass möglichst viele Unternehmen die Leitungsinfrastruktur in diesen Bereichen nutzen



Bonn, 18. Juni 2018

können, damit Verbraucherinnen und Verbraucher von Wettbewerb und günstigen Preisen profitieren.

Mit Hauptsitz in Bonn und weiteren zentralen Standorten in Mainz und Saarbrücken sowie 46 Außenstellen und Standorten in ganz Deutschland beschäftigt die Behörde über 2900 Mitarbeiter.